



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 5/2025

30. Januar 2025

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 vom 8. Januar 2025 A 62

Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen für das Haushaltsjahr 2025 A 62

Haushaltssatzung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen für das Haushaltsjahr 2025 vom 19. November 2024 A 64

Bekanntmachung der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 vom 12. November 2024 A 66

Bekanntmachung der AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen. zum Verlust eines Dienstausweises vom 14. Januar 2025 A 67

Bekanntmachung des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. Wettbewerb „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ für das Jahr 2025 – Grundsätze für die Verleihung – vom 14. Januar 2025 A 68

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen über die Durchführung der 1. öffentlichen Verbandsversammlung 2025 vom 16. Januar 2025 A 70

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Oberes Elbtal/Osterzgebirge zur Haushaltssatzung 2025 vom 14. Januar 2025 A 71

Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbands Oberes Elbtal/Osterzgebirge für das Haushaltsjahr 2025 A 71

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 73

Zivilgericht..... A 74

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung

des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen

zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan

für das Haushaltsjahr 2025

Vom 8. Januar 2025

Die nachstehende Satzung wurde von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen am 6. Dezember 2024 in öffentlicher Sitzung beschlossen (Beschluss-Nummer: VIII/VV/01/03/2024). Sie wurde dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung mit Nachricht vom 11. Dezember 2024 vorgelegt. Sie enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan werden
von Montag, dem 3. Februar 2025, bis
Dienstag, dem 11. Februar 2025,

in der nachfolgend genannten Dienststelle zur kostenlosen
Einsichtnahme durch jedermann zu den angegebenen Zei-
ten öffentlich ausgelegt:

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Regionale Planungsstelle Leipzig
Haus A 8, Zimmer 137
Bautzner Straße 67A, 04347 Leipzig
Tel.: (0341) 33 74 16 20
Fax: (0341) 33 74 16 33

Montag bis Donnerstag 9:00–11:30 Uhr und
12:00–15:30 Uhr
Freitag 9:00–11:30 Uhr und
12:00–14:00 Uhr

Zusätzlich stehen die Haushaltssatzung und der Haus-
haltsplan für das Haushaltsjahr 2025 auf der Homepage des
Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen unter

www.rpv-west-sachsen.de

zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Leipzig, den 8. Januar 2025

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

Haushaltssatzung

des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen

für das Haushaltsjahr 2025

Aufgrund der §§ 1 und 9 der Verbandssatzung vom 7. Mai 1993, die zuletzt durch Neufassung vom 11. Juli 2019 (SächsABl. AAz. S. A 526) geändert worden ist, und § 12 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen in der Sitzung am 6. Dezember 2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die
für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussicht-

lich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen
sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Aus-
zahlungen enthält, wird

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	1.410.650,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	1.622.250,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	–211.600,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR

– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR	– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtergebnis auf	-211.600,00 EUR	– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR	– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR	– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	-225.200,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Abs. 4 SächsLPIG auf	0,00 EUR	festgesetzt.	
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Abs. 4 SächsLPIG auf	0,00 EUR	§ 2	
– veranschlagten Gesamtergebnis auf	0,00 EUR	Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.	
im Finanzhaushalt mit dem		§ 3	
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.410.650,00 EUR	Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.	
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.600.850,00 EUR	§ 4	
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-190.200,00 EUR	Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 80.000,00 Euro festgesetzt.	
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 EUR	§ 5	
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	35.000,00 EUR	Die Verbandsumlage wird nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung für den Freistaat Sachsen (SächsLPIG) und nach § 9 Abs. 1 der Verbandsatzung auf insgesamt 43.150,00 Euro festgesetzt.	
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-35.000,00 EUR	Die Verbandsumlage wird nach der Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023, Gebietsstand: 30.06.2024) der Umlagepflichtigen festgesetzt und ist am 31. März 2025 fällig.	
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-225.200,00 EUR		

Leipzig, den 6. Dezember 2024

Regionaler Planungsverband Leipzig-Westachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

Haushaltssatzung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen für das Haushaltsjahr 2025

Vom 19. November 2024

Auf der Grundlage von § 27 Absatz 1 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen (Sächs-GKV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 106), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 10 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, in Verbindung mit § 61 der Sächsischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 74 ff. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen (KVS) in seiner Sitzung am 19. November 2024 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des KVS voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	212.221.100 €
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	255.391.400 €
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	–43.170.300 €
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 €
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 €
– Gesamtergebnis auf	–43.170.300 €
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0 €
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 €
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 €
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 €
– veranschlagten Gesamtergebnis auf	–43.170.300 €

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	206.644.200 €
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	140.071.400 €
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	66.572.800 €
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	42.000.500 €
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	104.640.000 €
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	–62.639.500 €
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.933.300 €
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
– Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	3.933.300 €

festgesetzt.

§ 2 Kredite

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 500.000 € festgesetzt.

§ 5 Umlagen

1. Die Umlage zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs (allgemeine Umlage) nach § 28 Absatz 1, 2, 4 und 5 SächsGKV in Verbindung mit §§ 6 bis 8 der Allgemeinen Satzung des KVS (AS) wird festgesetzt auf 50 %.
2. Die Umlage zur Deckung des Aufwands für die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und sonstigen Fällen (besondere Umlage) nach § 28 Absatz 3 und 4 Satz 5 SächsGKV in Verbindung mit §§ 9 und 10 AS wird festgesetzt für
 - 2.1 Beschäftigte mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung ohne Anspruch auf pauschale Beihilfe, Gruppe 1 auf 90 €,

- 2.2 Beschäftigte mit einer die Beihilfe ergänzenden privaten Krankenversicherung und Beschäftigte mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung mit Anspruch auf pauschale Beihilfe, Gruppe 2 auf 3.200 €,
- 2.3 Beschäftigte mit Anspruch auf Heilfürsorge, Gruppe 3 auf 300 €.

§ 6 Verzugszinsen

Der Zinssatz für Verzugszinsen nach § 13 Absatz 2 AS wird auf 6 % festgesetzt.

Dresden, den 19. November 2024

Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Bernd Müller
Direktor

Der Haushaltsplan liegt mit dem Tag seiner Bekanntmachung für die Dauer einer Woche in den Geschäftsräumen des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen, Marschnerstraße 37, 01307 Dresden, zur Einsichtnahme aus.

Hinweis nach § 3 Absatz 3 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung.

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,

2. Vorschriften über die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Vorsitzende des Verwaltungsrats dem Beschluss nach § 22 Absatz 3 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Kommunalen Versorgungsverband Sachsen unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025

Vom 12. November 2024

Auf der Grundlage von § 32 Absatz 2 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 106), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 10 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 11 ff. der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) hat der Verwaltungsausschuss am 12. November 2024 folgenden Beschluss gefasst:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen (ZVK des KVS) für das Wirtschaftsjahr 2025 wird festgesetzt

1. im Erfolgsplan	
mit Erträgen von	546.252.200 €
mit Aufwendungen von	546.252.200 €
und einem Jahresergebnis von	0 €
2. im Liquiditätsplan	
mit einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von	357.577.100 €
mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	150.100.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	507.677.100 €
mit einem Mittelabfluss aus laufender Investitionstätigkeit von	357.577.100 €
mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 €
mit dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 €
mit einem Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit von	0 €

§ 2 Umlage und Zusatzbeitrag

Der Umlagesatz nach § 62 in Verbindung mit § 60 Absatz 6 und 7 der Satzung der ZVK des KVS (ZVK-Satzung) wird für den Allgemeinen Bereich auf 1,60 % und den AOK-Bereich auf 1,15 % festgesetzt.

Der Zusatzbeitragssatz nach § 64 in Verbindung mit § 60 Absatz 6 und 7 der ZVK-Satzung wird für den Allgemeinen Bereich auf 4,86 % und den AOK-Bereich auf 4,85 % festgesetzt.

§ 3 Kreditaufnahmen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Kreditaufnahmen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte sind nicht vorgesehen.

§ 4 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 5 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 500.000 € festgesetzt.

§ 6 Stellenübersicht

Eine Stellenübersicht ist beigelegt.

Dresden, den 12. November 2024

Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen
Bernd Müller
Direktor

Der Wirtschaftsplan liegt mit dem Tag seiner Bekanntmachung für die Dauer einer Woche in den Geschäftsräumen des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen, Marschnerstraße 37, 01307 Dresden, zur Einsichtnahme aus.

Bekanntmachung der AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen. zum Verlust eines Dienstausweises

Vom 14. Januar 2025

Der für Frau Katja Schiffel, Hilfsmittelberaterin im Geschäftsbereich Gesundheitspartner, Bereich Gesundheitspartnerservice, Kundencenter Himi/HKP 1, Team Rehatechnik 1, 09456 Annaberg-Buchholz, Hans-Witten-Straße 3, ausgestellte Dienstausweis Nummer 03910 ist verlorengegangen. Der Verlust wurde am 10. Januar 2025 festgestellt und passierte vermutlich am 16. Dezember 2024 beziehungsweise im Laufe der 51. Kalenderwoche 2024 im Raum 08359 Breitenbrunn oder 08289 Schneeberg.

Es handelt sich dabei um einen Ausweis, der die Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Aufgabenstellung berechtigt, die AOK PLUS nach außen zu vertreten.

Der Dienstausweis ist gültig bis zum 28. Februar 2027.

Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Dresden, den 14. Januar 2025

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.
Rainer Striebel
Vorsitzender des Vorstandes

Bekanntmachung des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. Wettbewerb

„Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ für das Jahr 2025

– Grundsätze für die Verleihung –

Vom 14. Januar 2025

Präambel

Mit dem Wettbewerb „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ sollen Maßstäbe für die Gestaltung privater Hausgärten, Außenanlagen im Wohn- und Arbeitsumfeld sowie bei landschaftsgärtnerischen Spezialgebieten gesetzt werden. Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit wird das Leistungsspektrum sowie die Leistungsfähigkeit der sächsischen Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus stärker bekannt gemacht.

Daher wird im Zusammenwirken vom Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. der „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ für das Jahr 2025 ausgetobt.

Im Rahmen dieses Zusammenwirkens lobt der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. im Auftrag des Sächsischen Landesamts für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie diesen Wettbewerb aus und führt ihn durch. Das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie stellt die Preisgelder und fördert den Wettbewerb finanziell.

1 Wettbewerbskategorien

Die eingereichten Beiträge sollen die Gestaltung von Neuanlagen für eine der nachfolgenden Kategorien zum Inhalt haben:

- Private Hausgärten (zum Beispiel Außenanlagen an Eigenheimen)
- Außenanlagen des Wohn- und Arbeitsumfeldes (zum Beispiel Freianlagen an Geschäfts- und Bürohäusern, Anlagen von Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbau-genossenschaften)
- Landschaftsgärtnerische Spezialgebiete (zum Beispiel Gebäudebegrünungen, Lärmschutzanlagen)

2 Teilnahmebedingungen

Eingereicht werden können alle Projekte, die durch Betriebe des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus ausgeführt wurden. Teilnahmeberechtigt sind nur Betriebe, die in Sachsen ihren Firmensitz oder eine Niederlassung haben. Die Projekte liegen in Sachsen. Auch durch Landschaftsarchitekten geplante Projekte können eingereicht werden, wenn die Projekte durch Betriebe des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus, die in Sachsen ihren Firmensitz oder eine Niederlassung haben, ausgeführt wurden.

Als Teilnahmevoraussetzung sind durch die Firmen des Garten- und Landschaftsbaus der Nachweis zur Zugehörigkeit zur Sozialversicherung Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sowie ein Nachweis der Fachkunde, durch die Meisterqualifikation im Garten- und Landschaftsbau oder eine entsprechend höhere Qualifikation in dieser Fachrichtung, mit einzureichen.

Berücksichtigung findet höchstens ein Projekt pro Kategorie und Teilnehmer. Der Teilnehmer muss eine abgeschlossene, eigene Leistung einreichen, die im Zeitraum 1. Januar 2022–15. August 2025 fertiggestellt wurde. Leistungen, die bereits zum Vorgängerwettbewerb 2022 eingereicht wurden, können nicht erneut eingereicht werden.

Mit der Teilnahme am Wettbewerb erkennt der Teilnehmer diese Ausschreibung vollständig an.

3 Eigentums- und Urheberrecht/Veröffentlichungen

Die Auslober des Wettbewerbs haben das Veröffentlichungsrecht. Sie sind berechtigt, die Arbeiten einschließlich aller Bilder des Wettbewerbes mit Hinweis auf den Urheber ohne Gewährung einer zusätzlichen Vergütung uneingeschränkt zu nutzen. Sie sind von Ansprüchen Dritter freizustellen, die diese aufgrund der bei ihnen verbliebenen Urheberrechte oder aufgrund ähnlicher Rechte geltend machen. Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. wird auf seiner Homepage über den Verlauf des Wettbewerbes informieren.

Die Projekte des Wettbewerbs, insbesondere die prämierten Beiträge, werden in Printmedien, Sozialen Medien sowie in einer Broschüre veröffentlicht. Die Namen der Wettbewerbsteilnehmer (Fachbetriebe des Garten- und Landschaftsbaus), mitwirkende Landschaftsarchitekten sowie die Bauherren werden genannt. Mit der Einreichung der Unterlagen stimmt der Teilnehmer dieser Namensnennung zu.

4 Vorprüfung und Jury

Die Bewertung der eingereichten Wettbewerbsprojekte erfolgt durch eine Vorprüfung vor Ort und eine Jury. Im Zeitraum August/September 2025 erfolgt durch die Gruppe der Vorprüfer die Bereisung der Wettbewerbsprojekte.

Die Prüfung und Bewertung der eingereichten Wettbewerbsbeiträge im Rahmen der Vorprüfung und der Preisgerichtssitzung lehnt sich an die entsprechenden „Richtlinien für Planungswettbewerbe“ an.

Die Jury beurteilt die Projektunterlagen in Abhängigkeit von ihrer schwerpunktmäßigen Ausrichtung anhand einer der unter Punkt 1 genannten Kategorien und der Vorprüfung.

Durch die Jury werden gegebenenfalls, je nach Themenwahl und Anzahl der eingereichten Beiträge, die unter Nummer 1 genannten Wettbewerbskategorien zusammengefasst oder den bestehenden Kategorien werden weitere hinzugefügt.

Im Zweifelsfall entscheidet die Jury über den Verbleib des Einreichers im Wettbewerb.

- Die Jury besteht mindestens aus je einem Vertreter des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- der sächsischen Lehrinrichtungen der Landschaftsarchitektur oder des Gartenbaus
 - des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V.
 - der Architektenkammer Sachsen oder des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgruppe Sachsen

Zusätzliche Jurymitglieder können im Benehmen mit den Pflichtmitgliedern zugelassen werden.

Die Mitglieder der Vorprüfung und die Mitglieder der Jury werden, in Abstimmung mit dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. berufen. Die Jurymitglieder wie auch ihre Ehe-, Lebens- oder Geschäftspartner dürfen an der Planung und Ausführung eines oder mehrerer Wettbewerbsbeiträge nicht beteiligt gewesen sein.

5 Beurteilungskriterien

Alle eingereichten Einsendungen werden einer sachlichen Prüfung nach folgenden Kriterien unterzogen:

- Teilnahmeberechtigung (Fachbetrieb Garten- und Landschaftsbau in Sachsen, Zugehörigkeit zur Sozialversicherung Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Fachkunde, siehe auch Punkt 2.)
- Termingerechte Einsendung der Unterlagen
- Vollständigkeit der Unterlagen

Alle den oben genannten Kriterien entsprechende Beiträge werden einer fachlichen Prüfung durch die Jury nach folgenden Schwerpunkten unterzogen:

- Gesamtanlage und Gestaltungsqualität
- Klimawandelanpassung
- Nutzungsqualität
- Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit
- fachgerechte Ausführungsqualität

6 Prämierung

Unter den eingereichten Wettbewerbsbeiträgen können maximal drei erste Preise in gleicher Höhe der Preisgelder vergeben werden. Es dürfen Sonderpreise mit Preisgeldern in geringerer Höhe als für einen ersten Preis vergeben werden.

Die genaue Anzahl der Preise und die Höhe der Preisgelder wird durch die Jury in Abhängigkeit von der Qualität und Beispielwirkung der eingereichten Beiträge festgelegt.

Pro Wettbewerbskategorie stehen maximal 3.500 Euro als Preisgelder zur Verfügung, insgesamt 10.500,00 Euro.

Jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde. Zusätzliche Anerkennungen und Sonderpreise können vergeben werden. Es besteht kein Anspruch auf Gewährung einer Prämie, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Klipphausen, den 14. Januar 2025

7 Einzureichende Unterlagen

Aussagefähige Unterlagen sind einzureichen beim Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. Hamburger Ring 1 B, 01665 Klipphausen

Die einzureichenden Unterlagen müssen Pläne, Fotos und Beschreibungen, entsprechend der nachfolgenden Musterdarstellung, auf zwei Plakaten im A1 Querformat umfassen.

Die auf den eingereichten Plakaten abgebildeten Pläne, Fotos und Texte und die Plakate selbst sind zusätzlich digital einzureichen. Die Fotos sind für den Druck der Broschüre in hochauflösender Qualität (mind. 300 dpi/ mind. 3508 × 4961 Pixel pro Zoll) zu übermitteln.

1. Blatt Größe DIN A1

Plan/Fotos Bestand vor der Bautätigkeit	Erläuterungsbericht zum Bestand vor der Bautätigkeit , zum Beispiel: Gehölzbestand Vorstellungen des Kunden (Bauherrn) Lage Nutzung Funktionalität
Plan/Skizzen/Schnitte	Entwurf hauptsächlich Gestaltung

2. Blatt Größe A1

Dokumentation der Bautätigkeit	Erläuterung der Details , besonders: Pflanzen Pflege Ausführung Ausstattung/Material Besonderheiten
Detaillfotos	Angaben: Teilnehmer am Wettbewerb (Fachbetrieb GaLaBau): Bauherr: Planung: Bausumme: Ausführungszeit: Fläche in m ² : Preis/m ² :

8 Wichtige Termine

Januar 2025	Auslobung des Wettbewerbs
15. August 2025	Einsendeschluss für das Einreichen der Wettbewerbsbeiträge
August/September	Vorprüfung/Bereisung der Wettbewerbsprojekte
Oktober 2025	Jurysitzung
Oktober 2025	Abschlussveranstaltung mit Prämierung der Preisträger

Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V.
Axel Keul
Geschäftsführung

Bekanntmachung
des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen
über die Durchführung der 1. öffentlichen Verbandsversammlung 2025

Vom 16. Januar 2025

Der Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA), Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen gibt hiermit bekannt, dass am

Donnerstag, dem 13. Februar 2025 um 9:00 Uhr

im Veranstaltungs- und Kulturforum Stadtpark Frankenberg, Hammertal 3, 09669 Frankenberg/Sa., die 1. öffentliche Verbandsversammlung 2025 des ZWA stattfindet.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Beschluss zur Tagesordnung
4. Beschluss zum Protokoll der Verbandsversammlung vom 15. November 2024
5. Vorstellung der Ergebnisse Auswahlverfahren Neubesetzung Kaufmännische Geschäftsleitung
6. Beschluss zur Bestellung einer Person, welche die Stelle der Kaufmännischen Geschäftsleitung übernimmt
7. Vorstellung neuer Gesellschaftervertrag KMW GmbH
8. Beschluss zum geänderten Gesellschaftervertrag KMW GmbH
9. Beschluss zur Aufhebung des Beschlusses 03/30/14/24 Wasserzweckverband Freiberg/ZWA Hainichen aufgrund eines rechtsaufsichtlichen Hinweises
10. Beschluss zur Zweckvereinbarung Wasserzweckverband Freiberg/ZWA Hainichen
11. Beschluss zur abschließenden Annahme der Spenden 2024
12. Beschluss zur abschließenden Verteilung des Spendenaufkommens 2024
13. Info zur Niederschlagswasserentgelterhebung
14. Bürgeranfragen
15. Allgemeines
 - Genehmigung Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan 2025
 - Info Umsatzsteuer/Fördermittel

Hainichen, den 16. Januar 2025

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen
Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge
zur Haushaltssatzung 2025**

Vom 14. Januar 2025

Die nachstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge am 11. Dezember 2024 beschlossen (Beschluss VV 11/2024). Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2025 enthalten keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und sind somit nicht genehmigungspflichtig. Sie wurden der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde, dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung, mit Schreiben vom 11. Dezember 2024 vorgelegt. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Bescheid vom 18. Dezember 2024, eingegangen am

10. Januar 2025, die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung festgestellt und diese genehmigt.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2025 werden mit Bekanntgabe der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und nachfolgender Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2025 auf der Homepage des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge (<https://rpv-elbtalosterz.de/planungsverband/bekanntmachungen>) elektronisch zur Verfügung gestellt.

Radebeul, den 14. Januar 2025

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge
Ralf Hänsel
Verbandsvorsitzender

**Haushaltssatzung
des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge
für das Haushaltsjahr 2025**

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, in Verbindung mit § 12 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 11. Dezember 2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Regionalen Planungsverbandes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 1.328.010,00 EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 1.293.860,00 EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf 34.150,00 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf 0,00 EUR

- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf 0,00 EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf 0,00 EUR
- Gesamtergebnis auf 34.150,00 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf 0,00 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf 0,00 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Absatz 3 SächsLPIG auf 0,00 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Absatz 3 SächsLPIG auf 0,00 EUR
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf 34.150,00 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 1.319.500,00 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 1.280.750,00 EUR

- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	38.750,00 EUR	§ 2 Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf festgesetzt.	0,00 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 EUR	§ 3	
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	15.000,00 EUR	Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf festgesetzt.	0,00 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-15.000,00 EUR		
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	23.750,00 EUR	§ 4 Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.	50.000,00 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR	§ 5 Die Verbandsumlage nach § 9 Abs. 1 und 2 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 12 Abs. 2 Satz 5 und 6 SächsLPIG wird auf festgesetzt,	250.000,00 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR		
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR	davon im Ergebnishaushalt	250.000,00 EUR
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	23.750,00 EUR	davon im Finanzhaushalt	0,00 EUR
festgesetzt.		Die Verbandsumlage der Verbandsmitglieder ist bis zum 30. Juni 2025 fällig.	

Radebeul, 14.01.2025

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge
Ralf Hänsel
Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 44/24

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE80 8709 6214 3600 2175 92, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz e.G., Innere Klosterstraße 15 in 09111 Chemnitz auf den Namen Sieglinde Gudrun Heil, zuletzt wohnhaft Siedlung am Friedhof 2, 09212 Limbach-Oberfrohna, wird der Ausschlussbeschluss vom 9. Januar

2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 13. Januar 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 53/24

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE98 8705 0000 3110 3239 30, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Ingrid Kuhne, zuletzt wohnhaft Dittersdorfer Straße 111, 09122 Chemnitz, wird der Ausschluss-

beschluss vom 14. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 15. Januar 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 71/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 16. Januar 2025 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Peter Buhr, Grünband 4, 09126 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE58 8705 0000 3370 0561 18, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz

auf den Namen Peter Buhr, zuletzt wohnhaft Grünband 4, 09126 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 16. April 2025 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 17. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Zivilgericht**Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal**
Aktenzeichen: 4 C 471/24

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 2. Januar 2025 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist: Monika Bierzunski, derzeit unbekannten Aufenthaltes; zuletzt wohnhaft: Dreieichstraße 95, 63128 Dietzenbach

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 2. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 472/24

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 2. Januar 2025 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist: Tomi Tomov, derzeit unbekannten Aufenthaltes; zuletzt wohnhaft: Westring 73, 08393 Meerane

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 2. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 501/24

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 15. Januar 2025 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist: Hans-Gerhard Herzig, derzeit unbekannten Aufenthaltes; letzte bekannte Anschrift: Schlebener Weg 8, 04779 Wernsdorf

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 15. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

